

# Aus der Bischofsstraße wird ein Ferienparadies

Missbrauch in der katholischen Kirche: Wird der Bischof-Stein-Platz neben dem Trierer Dom nun doch in absehbarer Zeit umbenannt? Andernorts mahlen die Mühlen schneller.

VON ROLF SEYDEWITZ

**TRIER** In die Diskussion um eine mögliche Umbenennung des neben dem Trierer Dom gelegenen Bischof-Stein-Platzes kommt Bewegung. Die Trierer Grünen wollen Anfang des Jahres einen neuen Anlauf für die Umbenennung des Platzes unternehmen, bestätigte Sprecher Richard Leukefeld unserer Redaktion. Hintergrund sind die jüngsten Veröffentlichungen über Missbrauch in der katholischen Kirche in den zurückliegenden Jahrzehnten. Der von 1967 bis 1980 amtierende Trierer Bischof Bernhard Stein soll während seiner Amtszeit Missbrauchstaten vertuscht und Täter gedeckt haben. Vorwürfe, für die es nach Recherchen der Opfervereinigung Missbit sogar teilweise schriftliche Nachweise gibt.

Eine erste Grünen-Initiative zur Umbenennung des Platzes war vor einem Jahr vom Trierer Stadtrat mehrheitlich abgelehnt worden. Man wolle zunächst einmal die Arbeit der vom Bistum eingesetzten unabhängigen Aufarbeitungskommission abwarten, hieß es seinerzeit zur Begründung. Durch die aktuellen Diskussionen sei „die Stimmung eine andere als noch vor einem Jahr“, sagt Leukefeld.

Trier ist nicht die einzige Kommune in Deutschland, in der über eine Namensänderung von nach hochrangigen Kirchenvertretern benannten Straßen oder Plätzen diskutiert wird. Mancherorts sind sogar schon Nägel mit Köpfen gemacht. Erst in der vergangenen Woche sprach sich der Rat im niedersächsischen Duderstadt für eine Umbenennung der Bischof-Janssen-Straße aus. Ein erst vor kurzem veröffentlichtes Gutachten wirft dem ehemaligen Hildesheimer Bischof Heinrich Maria Janssen vor, während seiner Amtszeit sexuelle Missbrauch von Klerikern geduldet zu haben. Die Bischof-Janssen-Straße soll künftig zum Ferienparadies heißen.

Auch in Hildesheim oder Kevelaer



Seit zehn Jahren gibt es in Trier den Bischof-Stein-Platz. Zuvor hieß die zum Teil als Parkplatz genutzte Fläche Hinter dem Dom.

FOTO: ROLAND MORGEN

laufen Debatten über neue Namen für die dort nach dem ehemaligen Hildesheimer Bischof benannten Straßen. Es trifft aber nicht nur Bischöfe, die beim Thema Missbrauch durch Geistliche bewusst weggeschaut oder vertuscht haben sollen, sondern auch die Täter selbst. Im nordrhein-westfälischen Korschenbroich votierte der Stadtrat vor einigen Monaten einstimmig für die Umbenennung der Pfarrer-Johannes-Wolf-Straße. Zuvor hatten der jetzige Pfarrer und Mitglieder des Pfarreirats veröffentlicht, dass dem 1993 verstorbenen Pfarrer Wolf zwei Fälle sexualisierter Gewalt in den 1960er Jahren vorgeworfen werden, die erst 2009 und 2011 von Betroffenen gemeldet wurden. Zudem gebe es Hinweise auf weitere Opfer. Die ehemalige Pfarrer-Johannes-Wolf-Straße heißt jetzt An der Obstwiese.

Einen bundesweit bekannten

Geistlichen traf es nach der Veröffentlichung des Kölner Missbrauchsgutachtens im März dieses Jahres. Im mehrere Hundert Kilometer von Köln entfernten thüringischen Hundeshagen gibt es einen Platz, der nach dem 2017 verstorbenen Kölner Kardinal Joachim Meisner benannt ist. Meisner werden in dem Gutachten mehrere sogenannte Pflichtverletzungen vorgeworfen. Das sind Fälle, in denen der Erzbischof etwa einem Missbrauchsverdacht gegen einen Priester nicht nachgegangen sein soll.

Der katholische Hundeshagener Ortsbürgermeister wollte den Platz deshalb umbenennen. Doch die Ratsleute drückten auf die Bremse und entschieden, zunächst einmal abzuwarten, bis die Vorwürfe aufgearbeitet seien.

Auch in Köln selbst entbrannte nach Veröffentlichung des Gutachtens eine Diskussion um den

Kardinal-Höfner-Platz vor dem Dom. Dem 1987 verstorbenen Meisner-Vorgänger werden ebenfalls mehrere Pflichtverletzungen im Umgang mit Fällen von sexualisierter Gewalt nachgewiesen. „Der Platz sollte angesichts der neuen Erkenntnisse zu Kardinal Höfner defini-

tiv umgewidmet werden“, forderte etwa die langjährige Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes.

Doch auch diese Diskussionen sind inzwischen abgeebbt. Anders als in Trier, wo die Debatte um die Umbenennung des Bischof-Stein-Platzes schon vor

wenigen Wochen wieder Fahrt aufgenommen hat. Da wurde bekannt, dass sich schon im Juni Familienangehörige des früheren Trierer Bischofs mit Missbrauchsbedingten solidarisiert hatten. Wasser auf die Mühlen derjenigen, die sich schon seit längerem für eine Namensänderung einsetzen. Die Trierer Grünen haben in ihrem neuen Anlauf gleich drei Anti-Stein-Anträge eingereicht. Neben der Umbenennung des Platzes fordern sie, dass dem hochrangigen Geistlichen symbolisch auch die Trierer Ehrenbürgerwürde aberkannt wird. Zudem sollen Missbrauchsopfer für eine Anhörung in die Ratssitzung eingeladen werden. Zumindest dieser Antrag dürfte den Rat mühelos passieren. Denn zur Annahme reicht die Zustimmung von einem Viertel der Ratsmitglieder – eine Quote, die die Grünen ohne Unterstützung anderer Parteien erfüllen.

## EXTRA

### Uni Trier untersucht Missbrauch

Wissenschaftler der Universität Trier sollen die Studie über sexuellen Missbrauch im Bistum Trier erstellen. Das sagte der Sprecher der Kommission zur Aufarbeitung, Gerhard Robbers, auf Anfrage unserer Redaktion. Nach den Angaben des ehemaligen rheinland-pfälzischen Justizministers Robbers sind eine psychologische und eine historische

Studie geplant, die den Zeitraum von 1946 bis heute beleuchten sollen. Dabei gehe es etwa um die Frage, wie häufig es sexuelle Grenzverletzungen durch Kleriker und Laien gegeben habe. Zudem sollen die Auswirkungen des Missbrauchs auf die Opfer untersucht werden. Rechtsprofessor Robbers rechnet mit ersten Ergebnissen der Studie im nächsten Jahr. Die siebenköpfige Kommission hat vollen Zugang zu den Akten des Bistums.

# U-Ausschuss nimmt Ahrtal in Augenschein

Abgeordnete machen sich Bild von den Zerstörungen. Ein Geologe erklärt ihnen die Gegebenheiten.

**SCHULD/SINZIG** (dpa) Der Untersuchungsausschuss des Landtags zur tödlichen Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz hat sich im Ahrtal über die geografischen Gegebenheiten informiert. Der ganztägige Ortstermin begann am Montagvormittag in der Ortsgemeinde Schuld. Danach wollten die Abgeordneten die Dörfer Hönningen, Altenahr und Dernau sowie die Städte Bad Neuenahr-Ahrweiler und Sinzig in Augenschein nehmen.

Laut dem Mainzer Landtag sollte die öffentliche auswärtige Sitzung zur Klärung der Frage beitragen, „welchen Einfluss die topografische und geologische Beschaffenheit des Ahrtals auf die Flutkatastrophe am 14./15. Juli 2021 hatte“. Dabei waren 134 Menschen getötet und Tausende Häuser beschädigt oder zerstört worden.

Der Ausschussvorsitzende Martin Haller (SPD) sagte in Schuld neben der Ahr: „Wir starten heute als Untersuchungsausschuss in die Beweisaufnahme.“ CDU-Obmann Gordon Schnieder hatte vor Beginn der auswärtigen Sitzung betont, es gehe auch darum, politische Verantwortlichkeiten für womöglich zu späte Warnungen in der Flutnacht zu klären. Mit Blick auf die vielen Todesopfer ergänzte Schnieder:

„Hätte man das verhindern können? Das ist die Frage.“

In dem engen Flusstal mit streckenweise steilen Schieferfelsen informierte am Montag auch der Direktor des Landesamtes für Geologie und Bergbau, Georg Wieber, als Sachverständiger die Parlamentarier: Das Festgestein im Ahrtal könne nur sehr wenig Wasser aufnehmen. Bei einem Landregen sei das nicht problematisch – aber

bei einem Starkregen wie Mitte Juli werde es gefährlich. An den Steilhängen kam es laut Wieber „sehr schnell“ herunter. Es habe hier „kaum die Möglichkeit, im Boden zu versickern“.

Ein Untersuchungsausschuss gilt als das schärfste Schwert der Opposition. Er kann Zeugen vorladen sowie Akteneinsicht und sogar die Befragung ermittelnder Staatsanwälte beantragen. Der Untersuchungs-

ausschuss „Flutkatastrophe“ soll die Abläufe der Hochwassernacht nach extremem Starkregen klären und mögliche Versäumnisse prüfen.

Unabhängig davon nimmt auch eine Enquetekommission des Landtags die Naturkatastrophe unter die Lupe, um bis zum Jahr 2023 einen Bericht mit Empfehlungen etwa zum Hochwasserschutz vorzulegen.

## EXTRA

### Notstraße stellt Verbindung wieder her

(dpa) Das Straßennetz im Ahrtal ist an einer weiteren Stelle instandgesetzt worden. Die rheinland-pfälzische Verkehrsministerin Daniela Schmitt (FDP) gab eine neue Notumfahrung durch einen ehemaligen Bahntunnel zwischen den Dörfern Insul und Schuld im Ahrtal frei. Die Straße L 73 neu gilt als wichtige Verbindungsstrecke in der Region. Sie ist rund 1,4 Kilometer lang, führt durch einen 142 Meter langen Bahntunnel und über zwei frühere, jeweils rund 70 Meter lange Bahnbrücken.



Ortstermin: Martin Haller (SPD, links), Vorsitzender des Untersuchungsausschusses, besichtigt zusammen mit Landtagsabgeordneten die Folgen der Flutkatastrophe.

FOTO: DPA

# Untreue und Bestechlichkeit: Ex-Bürgermeister verurteilt

**MAINZ** (dpa) Das Landgericht Mainz hat den früheren Oppenheimer Bürgermeister Marcus Held (44) zu einer Haftstrafe von einem Jahr und acht Monaten auf Bewährung verurteilt. Der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete sei der Bestechlichkeit und Untreue in mehreren Fällen schuldig, sagte der Vorsitzende Richter am Landgericht Mainz, Wolfgang Eckert, am Montag. Die Staatsanwaltschaft hatte eine Haftstrafe von zwei Jahren und drei Monaten beantragt, die Verteidigung hatte für Freispruch plädiert.

In der Beweisaufnahme seit Mai nahm die Strafkammer mit drei Richtern und zwei Schöffen ein kompliziertes Geflecht von Grundstückskäufen und kommunalen Entscheidungsprozessen unter die Lupe. Held war angeklagt, die Stadtkasse bei der Zahlung von nicht erforderlichen Maklergebühren um 205.000 Euro geschädigt zu haben. Mit dem Makler soll er im Gegenzug die Zahlung von Spenden über 24.600 Euro an die SPD Oppenheim verabredet haben. Held hatte die Vorwürfe zurückgewiesen und geltend gemacht, dass die Stadt beim Ankauf und Weiterverkauf von Grundstücken zur Erschließung eines Baugebiets einen Gewinn von 2,5 Millionen Euro erzielt habe. Der Ankauf wäre laut Held



Ex-Bürgermeister Marcus Held (SPD). FOTO: DPA

ohne die Einschaltung des Maklers nicht möglich gewesen. Auch den Vorwurf der Bestechlichkeit wies er zurück.

Das Verfahren gegen den zunächst mitangeklagten Makler wurde im November gegen Auflagen eingestellt. Dessen ebenfalls angeklagte Frau wurde im Sommer aus dem Verfahren entlassen.

Held war von 2004 bis 2018 ehrenamtlicher Bürgermeister von Oppenheim am Rhein. Außerdem war er für die SPD von 2013 bis zu diesem Jahr im Bundestag. Die Ermittlungen gegen ihn begannen 2017 mit einer Strafanzeige gegen den Politiker. Unter dem Druck der Vorwürfe und wiederholter Demonstrationen vor dem Rathaus trat Held am 28. Februar 2018 von allen kommunalen Ämtern zurück, behielt aber weiter sein Bundestagsmandat.

Produktion dieser Seite: Ralf Jakobs